



unbequem?!

**Unser Blick
auf die Stadtpolitik**



Liebe Leipziger,

seit zehn Jahren ist die AfD im Leipziger Stadtrat vertreten. Seit zehn Jahren arbeiten wir als starke Opposition im Interesse der Bürger Leipzigs. Wir haben Missstände und Steuergeldverschwendungen der Stadtspitze aufgedeckt, eigene Konzepte entwickelt und in Anträge gegossen. Unsere Stadträte haben sich in den letzten beiden Wahlperioden (2014–2019, 2019–2024) unermüdlich für Ihre Interessen stark gemacht.

Wir wollen uns auch in dieser Wahlperiode (2024–2029) dafür einsetzen, dass sich Bürger und Gäste unserer Stadt zu jeder Tages- und Nachtzeit wieder sicher im gesamten öffentlichen Raum bewegen können. „No-Go-Areas“, welche sich einerseits aus der linksextremen Antifa-Szene und andererseits aus migrantischen Parallelgesellschaften heraus gebildet haben, muss der Nährboden für die Existenz entzogen werden.

Nicht zuletzt stärkt ein sauberes und gepflegtes Erscheinungsbild von Straßen, Gehwegen, Haltestellen, Parks und Plätzen, welche darüber hinaus in der Dunkelheit auch noch gut beleuchtet sind, das Sicherheitsempfinden der Leipziger. Zu einer lebenswerten Stadt gehört weiterhin, dass sich jeder frei entscheiden kann, mit welchem Verkehrsmittel er sich bewegen möchte. Politik ist in der Verantwortung, die Grundlagen für eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen, die alle Bürger der Stadt einbezieht und nicht einzelne Verkehrsteilnehmer ausgrenzt. Diese Erkenntnis mag für manche Klientel sicherlich unbequem sein!

Auf den folgenden Seiten äußern wir, die AfD-Fraktion Leipzig, uns prägnant und unbequem zu kommunalpolitischen Themen, welche uns und zahlreichen Bürgern in den vergangenen Monaten wichtig waren.

B-Plan verzögert

Bebauung des Jahrtausendfelds

Für den Neubau der Leipzig International School (LIS) auf dem Jahrtausendfeld im Leipziger Stadtteil Lindenau möchte die Stadtverwaltung einen Bebauungsplan aufstellen.

Wir freuen uns, dass diese für Leipzig wichtige Schule hier investiert. Sie trägt damit zur Bedeutung unserer Stadt bei. Dass das Projekt Baufläche benötigt, ist klar. Nach Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und einer aufwendigen Bürgerbeteiligung wurde auch Einvernehmen hergestellt, dass der Investor vor Ort 8.000 m² Fläche zur Kultivierung von Stadtgrün bereitstellt.

Mit diesen Eckpunkten kann der Bauantrag für das Projekt gestellt werden (§34 Bau-gesetzbuch); das damit verbundene Bau-

antragsverfahren sichert in Verbindung mit dem Architektur-Wettbewerbsverfahren die Einhaltung der Gesetze, Vorschriften und die geforderte Qualität. Die vorangestellte Aufstellung eines Bebauungsplanes ist nicht erforderlich! Sie birgt die Gefahr, das Vorhaben zu verkomplizieren und zu verzögern. Sie bindet auch Personal und finanzielle Mittel, die die Stadt an anderer Stelle gut einsetzen kann.

Die AfD-Fraktion Leipzig forderte im Rat die konstruktive Mitwirkung der Stadt ohne unnötige Bürokratie, nicht zuletzt, um zeitliche Verzögerungen und finanziellen Mehraufwand für die LIS zu vermeiden. Die Beschlussvorlage zur Aufstellung des Bebauungsplanes lehnte die AfD-Fraktion folglich ab.



CO₂-Rechner für Kulturbetriebe abgelehnt

Die Stadt Leipzig hat seit 2022 zusammen mit einigen Unternehmen und anderen Kommunen einen sogenannten „CO₂-Rechner“ für Kulturbetriebe entwickelt und pilothaft getestet. Mithilfe dieses Instruments können sowohl die großen Kultureinrichtungen wie Gewandhaus oder Oper, aber auch kleine Kulturbetriebe und Festveranstalter durch die Eingabe zahlreicher Daten ihren sogenannten „CO₂-Fußabdruck“ berechnen lassen und diesen durch fragwürdige Geschäftsmodelle der einschlägigen Klimaindustrie „kompensieren“ lassen – wie auch immer die tatsächliche oder erdachte Abgabe eines Gases in die Luft „kompensiert“ werden soll. Dieser Spaß sollte den Leipziger Steuerzahler in den nächsten zwei Jahren

insgesamt 180.000 Euro kosten und wurde bereits in den letzten Jahren mit fragwürdigen Preisverleihungen der selbstreferenziellen pseudowissenschaftlichen Klimafilterblase bedacht. Ein solcher pseudoökologischer Humbug sollte in der Stadt Leipzig mit ihren qualitativ hochwertigen Kulturangeboten keinen Resonanzboden finden!

Umso besser für die Leipziger Steuerzahler, dass der Leipziger Stadtrat in seiner Januarsitzung der Fortsetzung dieses Projekts mit den Stimmen der AfD-Fraktion Leipzig eine Abfuhr erteilte. Gerade in Zeiten knapper Kassen können wir uns derartige Maßnahmen mit fragwürdiger Sinnhaftigkeit nicht mehr leisten!





Ratsversammlung lehnt Kampf gegen illegale Graffiti ab!

Illegale Graffiti-Schmierereien im Leipziger Stadtgebiet sind vielen Bürgern ein Dorn im Auge. Sie suggerieren Unsauberkeit, senken die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl im jeweiligen Stadtviertel. Das Stadtbild unserer wunderschönen Heimatstadt Leipzig wird durch derartige Schmierereien großflächig verschandelt. Dies fällt auch Gästen zunehmend auf und schadet dem Ansehen unserer Stadt!

Im strafrechtlichen Sinne sind illegale Graffiti eine Sachbeschädigung, im gesamtgesellschaftlichen Kontext aber auch Ausdruck der Verwahrlosung unserer Gesellschaft und des gegenwärtigen Werteverfalls.

Mit der Losung „Graffitiprävention als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe“ wirbt die Stadtverwaltung auf ihrer Webseite für eine möglichst rasche Graffitibeseitigung, um betroffene Flächen vor einer neuerlichen Besprühung zu schützen. Dem Ordnungsamt stehen jährlich rund 260.000 Euro für die Entfernung illegal angebrachter Graffiti und Ähnlichem an städtischen Liegenschaften zur Verfügung.

Wo aber bleibt die kommunale Unterstützung privater Grundstückseigentümer bei der Beseitigung von Schmierereien und der Durchführung präventiver Maßnahmen im Kontext von „Graffitiprävention als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe“?

Die Silberstadt Freiberg und die baden-württembergische Universitätsstadt Tübingen sind uns da ein paar Schritte voraus. Beide Städte unterstützen private Hausbesitzer und heimische, kleine und mittlere Unternehmen bei der Beseitigung und Verhinderung von Schmierereien durch eine kommunale Förderung. Konkret können beispielsweise Mittel für Reinigungsleistungen, das Aufbringen von Anti-Graffitibeschichtungen, die Begrünung mit Kletterpflanzen oder andere Gestaltungsmöglichkeiten ausgereicht werden.

Wir sind überzeugt: In Leipzig dürfte ein solches Förderinstrument ebenfalls auf breite Zustimmung in der Stadtgesellschaft stoßen! Unser Antrag scheiterte allerdings leider an den zahlreichen Enthaltungen aus den Fraktionen von CDU und BSW.

EINFÜHRUNG DER »BRÖTCHENTASTE«

In Köln, Berlin, Bremen und Stuttgart gibt es sie – die »Brötchentaste«. Dank ihr können Autofahrer in Stadtvierteln mit sogenannter Parkraumbewirtschaftung 15 Minuten kostenlos parken, um beispielsweise einen kurzen Abstecher zur Post, Apotheke, zum Finanzamt, ins Bürgeramt oder zum Bäcker zu machen. Die AfD-Fraktion Leipzig hat die Einführung der »Brötchentaste« nun auch in Leipzig beantragt.

Konkret funktioniert es so:

Der Kfz-Fahrer wählt an einem umprogrammierten städtischen Parkscheinautomaten das zeitlich begrenzte Kurzzeitparken aus, bekommt einen kostenlosen

Parkschein, legt diesen für das Ordnungsamt gut sichtbar hinter die Frontscheibe seines PKWs und erledigt dann seinen kurzen Weg. Und wer sich sicher ist, dass die Erledigung etwas mehr Zeit beansprucht, löst eben ein Ticket zum üblichen Tarif. So einfach könnte es sein! Die »Brötchentaste« besitzt das Potenzial, dem regionalen Einzelhandel nutzen und helfen zu können und Stadtviertel lebendig zu erhalten.

Beinahe wäre der Stadtrat unserem Vorschlag gefolgt. Am Ende fehlten lediglich vier Stimmen, um eine echte Erleichterung für Einheimische, Gäste und den Leipziger Einzelhandel durchzusetzen.

Prager Straße bleibt zweispurig

In der letzten November-Ratsversammlung hat der Stadtrat mit knapper Mehrheit gegen die Wünsche links-grüner Ideologen für eine Verkehrspolitik mit Vernunft und Verstand entschieden: Die Prager Straße bleibt auch auf Höhe des Völkerschlachtdenkmals vierspurig! Völlig richtig wurde von der Verwaltung für den privaten Kfz-Verkehr eine bestehende gute Leistungsfähigkeit der Prager Straße festgestellt, für die durch die Reduzierung von zwei auf einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung eine starke Verschlechterung eintreten würde.

Für den Wirtschaftsverkehr wurde allerdings die Funktion der Prager Straße als Zubringer bis in die Innenstadt hinein und die überre-

gionale Anbindung über die A38 unterschlagen. Dieser Ist-Zustand spiegelt sich auch in der Menge des Kfz-Verkehrs wider, der zwei Fahrstreifen in jede Richtung verlangt. Viele Bürger und Handwerker erleben in ihrem Alltag immer häufiger, wohin es führt, wenn Verkehrsplanung nicht allumfassend erfolgt. Stau oder Kriechverkehr sind die Folge!

Mit dem nun durchgesetzten Erhalt der Zweispurigkeit der Prager Straße wurden viele Probleme für den Wirtschafts- und privaten Verkehr in unserer Stadt vermieden. Vernunft und Verstand haben sich endlich einmal wieder im Stadtrat durchgesetzt. Die AfD-Fraktion Leipzig hat einen entscheidenden Anteil daran!

Beschluss zum Grundsteuer-Hebesatz ist Mogelpackung

Deutschlandweit greift zum 1. Januar 2025 die Grundsteuerreform. Diese hat zur Folge, dass die Grundsteuer Neuberechnet wird und viele Grundstückseigentümer mit einer höheren Grundsteuerlast konfrontiert werden. Auch Menschen, welche keinen Grund und Boden besitzen (z.B. Mieter) werden mit den Folgen der Grundsteuerreform belastet. Denn: Die Grundsteuererhöhung wird über die Mietnebenkosten an den Mieter weitergegeben.

Die AfD-Fraktion Leipzig versuchte den Kämmerer deshalb bereits vor Monaten davon zu überzeugen, dass die Grundsteuerlast, welche sich aus der Grundsteuerreform zum 1. Januar 2025 ergibt, für die Steuerpflichtigen in Leipzig entlastend über die jeweiligen Hebesätze zu gestalten ist.

Im CDU-geführten Finanzdezernat ist derweil von „Ausfallrisiken“ der Grundsteuer die Rede. Tatsächlich liegen zahlreiche Einsprüche und Anträge auf Aussetzung der Vollziehung der Grundsteuerwertfeststellung vor, welche Risiken für die Höhe der städtischen Grundsteuereinnahmen darstellen könnten. Über einen „Risikoaufschlag“ in Gestalt eines höheren Grundsteuerhebesatzes sollen die möglichen Mindereinnahmen von den Grundsteuerpflichtigen kompensiert werden.

Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen abzulehnen. Es steht zu befürchten, dass die Stadtverwaltung über einen Risikoaufschlag Mehreinnahmen in der Grundsteuer generieren möchte und zukünftig weiter an der Grundsteuerschraube gedreht wird!



Planungssicherheit für Garagennutzer



In Leipzig gibt es zahlreiche Garagenvereine, die sich um die Belange ihrer Mitglieder kümmern. Garagenhöfe sind geeignete Orte parkende Autos von der Straße fernzuhalten und Platz für andere Dinge zu schaffen. Zudem sind sie ein Begegnungsplatz, der den Zusammenhalt in Wohnvierteln stärken kann.

Die Verwaltung von Garagenhöfen wurde bis 2021 von den Garagenvereinen erledigt. Dazu gehört u.a. die regelmäßige Erhebung der Betriebskosten, der Werterhalt und die Pflege der Garagenhöfe. Seit die Verwaltung der Garagenhöfe durch die Stadt Leipzig übernommen wurde, stiegen die Pachten und Mieten für die Garagenhöfe stark an – teilweise sogar um das Zweieinhalbfache. Die AfD-Fraktion Leipzig beantragte deshalb ein Moratorium für die Mieten bzw. Pachten für

Garagenhöfe durchzusetzen, welches die Erhöhungen derselben auf maximal 10 Prozent alle drei Jahre begrenzt. So würden die bereits stattgefundenen marktunüblichen Erhöhungen auf ein vertragliches Maß begrenzt.

Zudem beantragten wir, dass für alle Garagenhöfe ein möglichst verbindlicher Nutzungszeitplan erstellt werden soll. Somit hätten alle Garagennutzer Planungssicherheit, um zu entscheiden, ob sich Investitionen noch lohnen. Und schließlich forderten wir die Einrichtung einer Ombudsstelle für Garagenhöfe, sodass jeder Garagennutzer einen festen Ansprechpartner für Anliegen zu seiner Garage hat. Bisher werden die Garagennutzer nämlich von Ansprechpartner zu Ansprechpartner in der Stadtverwaltung »herumgereicht«!

Impressum:

AfD-Fraktion Leipzig

Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4 - 6

04109 Leipzig · Zimmer 178

Telefon: 0341123 2189

afd-fraktion@leipzig.de

www.afdfraktion-leipzig.de

facebook.com/afdfraktionleipzig

instagram.com/afd.fraktion.leipzig

V.i.S.d.P.:

Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

Bildnachweise: **S.2, S.8:** privat; **S.3:** Andreas Wolf 01, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons; **S.4:** Tierney/stock.adobe.com; **S.5:** Caro Sodar/Pixabay; **S.7:** TimeShops/stock.adobe.com

Ausgabe 01/2025